

Beitrag 29 vom 01.02.2026:
Nachtrag ÖRR:

Die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat Ende Januar 2026 in einer kritischen Stellungnahme zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk neben der Forderung mehr politischer Live-Berichterstattung in ARD und ZDF ebenfalls „eine selbstreflektierende Korrektur“ bei diesen Sendern gefordert: „Ich verteidige den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber er muss sich auch Fragen stellen lassen. Nach der Effizienz, der Neutralität, der Ausgewogenheit“, so Klöckner zu ‚Bild‘.

Schwierig werde es, wenn sich die veröffentlichte Meinung zu weit von der öffentlichen Meinung entferne. Klöckner äußerte sich in diesem Zusammenhang kritisch über Wahrnehmungsunterschiede in der Medienlandschaft. Konkrete Beispiele nannte sie nicht.

Ich habe mich in meinen Beiträge 13 bis 18 in dieser Rubrik bereits ausführlich mit zahlreichen kritischen Punkten im Hinblick auf den derzeitigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland auseinandergesetzt und zwar mit nachprüfbaren Fakten und darauf aufbauenden schlüssigen Argumentationen. Dabei bin ich allerdings wesentlich deutlicher geworden als Frau Klöckner.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals einen Punkt aus jenen meiner Beiträge kurz aufgreifen: die sogenannte ‚gendersensible Sprache‘, welche dies in Wahrheit aber gar nicht ist, wie ich vor allem auch mit zahlreichen Beiträgen in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ im Themenbereich 4 ‚Gute Gründe gegen Gendersprache‘ habe eindeutig nachweisen können.

Denn dieses schreckliche Genderneusprech, das zudem gegen unsere gültige deutsche Grammatik verstößt sowie nicht dem Sprachgebrauch der allermeisten Menschen dieses Landes entspricht, wird dennoch immer mal wieder von einigen Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verwendet. Nicht zuletzt verletzen solche Journalisten damit auch ihren Bildungsauftrag: Denn sie verstoßen bewusst gegen die derzeit gültigen Regeln unserer Sprache. Manchmal werden aufgrund dieser Sprachgenderideologie sogar Inhalte verfälscht, wie vor kurzem wieder, als von ‚in Haft befindlichen Demonstrierenden‘ im Iran nach den jüngsten Protesten die Rede war: Es entspricht wohl sicher nicht der Wahrheit, dass diese verhafteten Leute noch demons-

trieren konnten, während sie sich schon in Haft befanden. Das ist ein weiteres Beispiel für die ideologische Sprachverblendung einiger Journalisten, welche selbst vor sinnverfälschenden Aussagen nicht zurückschreckt. Im Rahmen ihrer Tätigkeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist solches Gebaren nicht hinnehmbar!

Sie stoßen darüber hinaus aber auch noch den Großteil der Bürger und Zwangsgebührenzahler für diese Sender hierzulande rücksichtslos vor den Kopf, indem sie einen Sprachgebrauch wählen, der nicht jener dieser Bürger ist!

Neben den in den oben bereits genannten Beiträgen dieser Rubrik von mir aufgeführten Forderungen zu einer grundlegenden Korrektur unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auf die ich an dieser Stelle verweise, möchte ich hier noch einen ganz konkreten Vorschlag ergänzend hinzufügen:

Es sollten in einer eigenen Sendung oder besser noch in einer kleinen Reihe von Sendungen zunächst einmal grammatikalische Fakten zur deutschen Sprache aufgeführt werden: Dann würde schon dadurch deutlich, dass die derzeit und seit Jahrzehnten gültige deutsche Grammatik sehr viel inklusiver ist, als es einige Sprachgenderideologen meinen. Auf diesen Fakten aufbauend sollten weitere Aspekte folgen, wie ich sie verständlich in meinen oben bereits erwähnten Beiträgen in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ aufgeführt habe.

Ich biete hiermit meine Mitarbeit an einer solchen Sendung oder Sendereihe an und zwar völlig unentgeltlich! Dieses Angebot zur konstruktiven Mitwirkung in unterschiedlichster Form habe ich in den letzten Jahren mehrfach und nachgewiesenermaßen den öffentlich-rechtlichen Sendern unterbreitet – allerdings ohne jegliche positive Resonanz!!

So viel zu der von Frau Klöckner geforderten ‚**Selbstkorrektur**‘ jener Sender!

Abschließend noch folgender Verweis:

In meinem Beitrag 27 in dieser Rubrik gehe ich auf eine Rede von Papst Leo IV. Anfang Januar 2026, welcher in diesem Zusammenhang eine ‚orwellschen Sprache‘ im Hinblick auf dieses Genderneusprech beklagte und dabei auf die damit einhergehende Intoleranz verwies.